



GPA-DJP. PRESSE.

PRESSESPIEGEL

Jänner/Februar 012

Demo für die Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich am 1. Februar

Printmedien

Die Presse

Salzburger Nachrichten

Kleine Zeitung

Kärntner Tageszeitung

Oberösterreichische Nachrichten

Der Standard

Wirtschaftsblatt

Kurier

Kronen Zeitung

Neues Volksblatt

Der Falter

Elektronische Medien

APA

wien.orf.at

OTS



**Kampf um stärkere Lohnerhöhung:
Demonstration der Sozialberufe**

Es geht um die Löhne von 90.000 Beschäftigten im privaten Sozialwesen. Rund 3000 Bedienstete und Gewerkschafter gingen in Wien und anderen Städten für eine Erhöhung um 4,1 Prozent auf die Straße, die Arbeitgeber bieten 2,95 bis 3,05 Prozent.

SALZB. NACHRICHTEN
2. 2. 2012



Seit Monaten gärt es am AKH: Das Bild entstand Ende November 2011 bei einer Versammlung unter dem Motto „Rettet das AKH“, an der auch viele Jungärzte teilnahmen. Bild: SN/APA

Der Hilferuf der jungen Assistenzärzte

Systemerhalter. Sie arbeiten bis zu 90 Stunden, die Zeit für Forschung und Ausbildung fehlt schon jetzt. Der Spardruck macht alles schlimmer.

ALEXANDRA PARRAGH

WIEN (SN). Die Assistenzärzte des AKH rufen um Hilfe. Warum, das erklärten sie Dienstagabend bei einem Hintergrundgespräch der Jungärzte-Vertreter der Ärztekammer Wien. Da ist zum Beispiel eine junge Ärztin, die aus Angst vor beruflichen Konsequenzen ihren Namen nicht in der Zeitung lesen will. Sie sagt, dass sie sich bewusst für die Forschung und das AKH entschieden habe, das zugleich die Medizinische Universität Wien ist. Sie habe aber nicht gedacht, dass sie im Schnitt 80 Stunden pro Woche arbeiten werde. Ihr Kollege, der ebenfalls anonym bleiben will, nickt. „Wir wollen nicht länger Systemerhalter der Krankenhäuser sein“, sagt er. Denn ein guter Teil seiner Arbeitszeit gehe für Dokumentationen, Blutabnehmen, Infusionensetzen drauf – Arbeiten, die genauso gut das Pflegepersonal erledigen könnte.

Die Assistenzärzte Martin Andreas und Alexander Kavina, die sich öffentlich zu Wort melden dürfen, weil sie Ärztekammer-

Vertreter sind, sehen das genauso. „Uns bleibt vor lauter Blutabnehmen und Infusionen zu wenig Zeit für die Ausbildung“, sagen sie. Geforscht werde in der Freizeit.

Für Andreas kommt am AKH außerdem dazu, dass seit 1. Oktober keine Stellen mehr nachbe-

Sozialberufe

Demos für kräftige Lohnerhöhung

Mit Demonstrationen in Wien, Linz, Graz und Klagenfurt machten die Arbeitnehmer im privaten Gesundheits- und Sozialbereich am Mittwoch Druck für eine kräftige Lohnerhöhung von 4,1 Prozent. Die Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe (BAGS) bot zuletzt 2,95 bis 3,05 Prozent. Betroffen sind rund 90.000 Beschäftigte (u. a. beim Hilfswerk, der Lebenshilfe, der Caritas Socialis). Die Verhandlungen für den BAGS-Kollektivvertrag gehen Mitte Februar weiter.

setzt werden, was noch mehr Arbeit und für die, die nur eine befristete Stelle haben, ein ungewisse Zukunft bedeutet. Der Protest der Ärzte vergangenen Herbst habe nur die geplanten Einsparungen bei den Nachtdiensten verhindern können. Und selbst das, fürchtet Andreas, könnte nur vorübergehend gewesen sein.

Abgesehen davon kommt es für ihn jetzt darauf an, wie das Gesetz über eine neue Mediziner Ausbildung aussehen wird, das der Gesundheitsminister gerade ausarbeiten lässt. Ob darin neben einer Entbürokratisierung klipp und klar geregelt wird, was ein Turmusarzt zu leisten hat. „Wir wünschen uns vor allem eine Möglichkeit, gleich nach dem Studium mit der Facharztausbildung zu beginnen“, erklärt Jungärzte-Vertreter Andreas. Zurzeit würden viele Krankenhäuser nur fertige Allgemeinmediziner einstellen, um sie zu Fachärzten auszubilden. Warum? „Weil es billiger ist. Ein fertiger Allgemeinmediziner muss nicht beaufsichtigt werden. Es reicht, wenn der Facharzt Rufbereitschaft hat“, erläutert Kavina.

ÖSTERREICH
2. 2. 2012

Sozialberufe: Demo für mehr Geld



2.000 gingen auf die Straße.

Wien. 2.000 Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialbereich sind am Mittwoch bei klirrender Kälte für höhere Löhne auf die Straße gegangen. Auslöser für den Protest waren gescheiterte Lohnverhandlungen: die Gewerkschaft fordert eine Erhöhung der Gehälter um 4,1 Prozent. Das Angebot der Arbeitgeber – 3,05 Prozent – bezeichneten die Gewerkschafter als „Almosen“.

KURIER
2. 2. 2012

Sozialberufe Demos für höhere Löhne

Bei klirrender Kälte sind am Mittwoch Tausende Beschäftigte des Gesundheits- und Sozialbereichs am Mittwoch für höhere Einkommen auf die Straße gegangen. Sie verlangen eine Erhöhung der Kollektivvertragslöhne um 4,1 Prozent. Für das von den Arbeitgebern angebotene Plus von 3,05 Prozent gab es Pfiffe. Ab Mitte Februar stehen weitere Verhandlungsrunden an.

Starkes Signal an Gehaltsverhandler

Arbeitskampf der Beschäftigten des Sozialbereichs: Fast 800 demonstrierten in Klagenfurt für eine bessere Entlohnung.

ROBERT BENEDIKT

Trotz eisiger Kälte marschierten gestern rund 800 Arbeitnehmer aus dem privaten Gesundheits- und Sozialbereich durch die Straßen der Landeshauptstadt – zeitgleich gab es Demos in ganz Österreich. Mit zahlreichen Transparenten und einem gellenden Pfeifkonzert brachten die Kärntner Betroffenen ihren Unmut über die stockenden Gehaltsverhandlungen in Wien zum Ausdruck.

Schon am Ausgangspunkt des Protestmarsches vor dem Gewerkschaftshaus in der Bahnhofstraße kleidete AVS-Betriebsratschef Valid Hanuna die Unzufriedenheit in Worte: „Unser Durchschnittseinkommen liegt 17 Prozent unter dem österreichischen Durchschnittslohn.“ Er verwies auf die bisherigen Gehaltsabschlüsse in der Metallbranche (plus 4,2 Prozent) im Gewerbe (plus 3,65) und im Handel (plus 3,6) und verlangte einen Lohnabschluss, der über die Inflationsabgeltung hinaus „ein Plus im Geldtascherl“ beschert.

Benachteiligte Frauen

Bisher habe die Arbeitgeberseite wenig Bewegung gezeigt, klagte der Gewerkschafter. Am 20. Februar wird weiter verhandelt. Viele der Demonstranten hatten weite Anfahrtswege in Kauf genommen, um sich am Protestmarsch beteiligen zu können, wie Michaela Mösslacher. Sie arbeitet als Altenbetreuerin bei der AVS in Hermagor: „Wir wollen nicht länger hinnehmen, so schlecht bezahlt zu werden. Wir leisten ganz wichtige Arbeit und ernten viel zu wenig Anerkennung.“ Evelyn Lamprecht arbeitet als Pflegehelferin in Grafendorf.



Auf Transparenten und Tafeln brachten die Demonstranten ihre Forderungen zum Ausdruck

KLZ/WEICHELBRUNN, 3L

Nach ihrer Schwangerschaft musste sie feststellen, dass die Karenzzeit nicht für die Gehaltsberechnung angerechnet wird. Um dieses Manko zu beseitigen, demonstrierte sie. Alle Demonstranten haben eine Resolution unterzeichnet: „Wir fordern Reallohn-Erhöhungen für alle Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich. Unsere Branche kämpft mit hohem Arbeitsdruck und unbesetzten Stellen. Gleichzeitig wird sie als Zukunftsbranche gefeiert. Umso unverständlicher ist es, dass die Beschäftigten keine faire Lohn- und Gehaltserhöhung bekommen sollen.“

Solidarischer Landesrat

Sozialreferent Christian Ragger (FPK) äußerte Verständnis für die Anliegen der Protestierenden. Das niedrige Lohnniveau hänge damit zusammen, dass ein großer Teil der Mitarbeiter nur Teilzeitbeschäftigungen bekommt, obwohl er gerne länger arbeiten würde.

Pflegepersonal kämpft für höhere Löhne
Video unter
www.kleinezeitung.at/kaernten

Altenbetreuerin Michaela Mösslacher aus Hermagor wünscht sich mehr Geld und Anerkennung für ihren harten Beruf



Pflegehelferin Evelyn Lamprecht aus Grafendorf: „Karenzzeit muss in der Lohnberechnung berücksichtigt werden“



KRONENZEITUNG

Seite 18

KÄRNTEN

2. 2. 2012



Foto: Klaus Kreuzer

Auf die Straße gingen Mittwoch Beschäftigte aus dem privaten Gesundheits- und Sozialbereich in Klagenfurt. Mit Unterstützung der Gewerkschaft forderten sie bei ihrem Marsch zur Landesregierung einen fairen Lohnabschluss. Denn die Arbeitgeber würden nur eine Erhöhung unter der Inflationsrate anbieten, so die Kritik. „Das wäre ein Einkommensverlust“, wird die Ablehnung dieses Angebotes begründet.

Streit um Lohnerhöhung eskaliert, Demonstration in Graz

Lauter Protest der Sozialarbeiter

15.000 Dienstnehmer im Sozialbereich wollen ein Gehaltsplus von 4,1 Prozent.

Graz. Mit Demonstrationen in Wien, Linz, Graz und Klagenfurt machten die Arbeitnehmer im priva-

ten Gesundheits- und Sozialbereich Mittwochmittag Druck für eine kräftige Lohn- und Gehaltserhöhung. Angeführt von den Gewerkschaften vda und GPA-djp fordern sie ein

Plus von 4,1 Prozent, was die Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe als unrealistisch abgelehnt hat. Betroffen sind davon 15.000 Steirer.



Protestmarsch der Sozialarbeiter für bessere Entlohnung.

KRONENZEITUNG

STEIERMARK

2. 2. 2012

Trauermarsch durch Graz

Ein Sarg, Trauermusik, Fackeln: Gespenstische Stimmung herrschte gestern Abend in Graz, als Hunderte Beschäftigte des Gesundheits- und Sozialbereichs für mehr Lohn demonstrierten. Der Zug führte vom Volksgarten zum Lendplatz, wo die Abschlusskundgebung stattfand. Unterstützung kam von der Gewerkschaft, die eine Erhöhung um 4,1% fordert.

KÄRNTNER TAGESZ.

2. 2. 2012

Kräftiges Signal für fairen Lohn

Bestmögliche Betreuung hat ihren Preis, fordern die Arbeitnehmer im Sozial- und Gesundheitsbereich beim Protestmarsch.

Klagenfurt 17 Prozent Lohnnachteil zum Durchschnittseinkommen der Österreicher: Diesen »Dumpingpreis« für soziale Arbeit wollen jene Kärntnerinnen und Kärntner nicht mehr hinnehmen, die im Gesundheits- und Sozialbereich arbeiten. Nach Aufruf der Gewerkschaft gingen sie gestern auf die Straße.

Motiviert weiter für eine »kräftige Lohn- und Gehaltserhöhung« zu kämpfen hat die rund 800 Demonstrationsteilnehmer Gewerkschafter Valid Hanuna: »Jetzt, wo es darum geht, diese Arbeit auch finanziell zu würdigen, wird von Politik und Arbeitgebern behauptet, es gebe kein Geld – ist er enttäuscht über die stockenden Gehaltsverhandlungen. »Bestmögliche Pflege und Betreuung für die Kleinsten hat ihren Preis«, stellt sich auch ÖGB-Chef Hermann Lipitsch hinter die Demonstranten. »Gute

»Gute Qualität gibt es nicht zum Dumpingpreis.«

Hermann Lipitsch
ÖGB-Chef

Qualität gibt es nicht zum Dumpingpreis«, richtet er den Arbeitgeber-Verhandlern aus. Die Beschäftigten haben angesichts der komplexen Arbeitsbedingungen eine Lohnerhöhung verdient, meint auch GPA-djp-Chefin Jutta Brandhuber.

Die nächste Verhandlungsrunde mit der Berufsvereinigung der Arbeitgeber im Sozial- und Gesundheitsbereich wird am 20. Februar fortgesetzt, jene mit der Caritas am 22. Februar.

ÖSTERREICH / *Kärnten*
2. 2. 2012

Demo vor ÖGB für mehr Gehalt

Klagenfurt. In Klagenfurt fand Mittwochmittag eine Demonstration für fairen Lohn- und Gehaltsabschluss für mehr als 5.500 Beschäftigte im privaten Gesundheits- und Sozialbereich statt. Rund 600 Personen hatten sich vor dem ÖGB-Haus versammelt.

Die Beschäftigten, ihre Betriebsräte sowie die Gewerkschaften GPA-djp und vda fordern Einkommenserhöhungen, die neben der Abgeltung der Inflationsrate auch dem großen Einsatz der Beschäftigten Rechnung tragen. Die Arbeitgeber beharren aber auf einem Angebot, dass einem Einkommensverlust gleichkommt.

KLEINE ZEITUNG K

2. 2. 2012

Soziale Arbeit ist mehr wert

Die Beschäftigten im privaten Gesundheits- und Sozialbereich verdienen 17 Prozent unter dem Durchschnittseinkommen in Österreich. Die sogenannte Krise darf nicht auf Kosten der Menschen ausgetragen werden, die ohnehin schon wenig haben. Die Kaufkraft muss gestärkt werden, um die Wirtschaft anzukurbeln. Die Beschäftigten verdienen eine gerechte Lohnerhöhung. Denn soziale Arbeit ist mehr wert.

Silvia Igumnov,
AVS-Betriebsrätin, Klagenfurt

ÖÖ NACHRICHTEN
2. 2. 2012

Krankenhaus-Personal wehrt sich gegen Lohn-Verlust

BRAUNAU. Auch am Braunauer Spital werden heute, Donnerstag, die Mitarbeiter befragt, wie es mit den Gehaltsverhandlungen weitergehen soll.

Bei einem Minus von einem Prozent stocken die Verhandlungen der Sozialpartner derzeit. Für die Belegschaft des Krankenhauses Braunau ist Markus Simböck mit den Kollektivvertragsverhandlungen befasst. Wie in vielen anderen Spitälern wird auch am Braunauer Krankenhaus heute, Donnerstag, eine Betriebsversammlung abgehalten. Betriebsratsvorsitzende Ingrid Neulinger

sagt, es gehe darum, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu erklären, was bei den Gehaltsverhandlungen bisher abgelaufen ist. Und es gehe darum, die Belegschaft zu fragen, wie es weitergehen soll. In Wiener Spitälern ist bereits von Streik die Rede.

„Ein Prozent minus, das ist nicht in Ordnung. Die Beschäftigten in der Pflege sollen anständig bezahlt werden“, sagt Neulinger. Schon beim Eingang des Krankenhauses sollen Beschäftigte auf die Betriebsversammlung aufmerksam gemacht sowie anwesende Patienten und Besucher informiert werden.



Aufgeheizte Stimmung trotz frostiger Temperaturen herrschte beim gestrigen Protestmarsch in Klagenfurt.

Sozialberufe: Demonstration für höheren Gehaltsabschluss



Foto: gpa/djp

4,1 Prozent, die Arbeitgeber boten 3,05 Prozent.

In mehreren großen Städten Österreichs gingen die Beschäftigten der Sozialberufe gestern auf die Straße: Alleine zur Linzer Demo kamen rund 1400 Personen: Die Gewerkschaften fordern eine Lohnerhöhung um Seite 5

Protest-Marsch in Linz

Lohnkampf im Sozialbereich

Etwa 1400 Beschäftigte aus dem Gesundheits- und Sozialbereich demonstrieren gestern, Mittwoch, in Linz für eine „faire Lohnerhöhung“. Die Gewerkschaften GPA-djp und vida fordern von Caritas und BAGS eine Steigerung von 4,1 Prozent. Die Arbeitgeber boten in den drei bisherigen Verhandlungsrunden aber maximal 3,1 Prozent.

SCHAUPLATZ



Lautstarker Protest auch in Linz

Foto: gpa/djp

ÖSTERREICH / 00
2. 2. 2012



Vor der Promente-Zentrale fand in Linz die Schlusskundgebung statt.

Mehr Lohn für Sozialbereich gefordert

1.400 bei Demo-Zug

Die Kollektivvertragsverhandlungen werden am 22. Februar fortgesetzt.

Linz. Eine gerechte Einkommenserhöhung, bessere Anrechnung der Verdienstzeiten und die Anrechnung von Karenzzeiten – dafür sind am Mittwoch nach Gewerkschaftsangaben rund 1.400 Mitarbeiter im Gesundheits- und Sozialbereich auf die Straße gegangen. Vor der Promente-Zentrale am Lonsdorferplatz fand die Abschlusskundgebung statt.

Die Angebote der Arbeitgeber-Seite liegen unter der Teuerungsrate von 3,3 Prozent. Selbes Bild beim Caritas-Kollektivvertrag. Damit wollen sich die 20.000 Betroffenen in ÖÖ nicht zufriedengeben. Vor allem, weil sie laut vida-Landesvorsitzendem Reinhold Entholzer ohnehin in dieser Branche um 17 Prozent unter dem Durchschnittseinkommen liegen. Auch in Wien, Graz und Klagenfurt fanden Demonstrationen statt.

Sozialberufe: Demo für höheren Lohnabschluss

Rund 25.000 Oberösterreicher – der Großteil davon Frauen – sind in Sozialberufen tätig (Behinderten-, Altenbetreuung, Heimehilfe etc.). Österreichweit sind in diesem Bereich rund 100.000 Menschen beschäftigt. Und weil die Verhandlungen für die Lohnerhöhung 2012 ins Stocken geraten sind, demonstrierten gestern in Linz, Wien, Graz und Klagenfurt tausende Beschäftigte für einen „gerechten“ Abschluss. Allein zur Linzer Demo kamen rund 1400 Beschäftigte. Zwei Verhandlungsrunden waren bislang ohne Ergebnis geblieben – zu unterschiedlich die Standpunkte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Während die Arbeitgeber 2,95 Prozent plus auf Ist-Löhne und 3,05 Prozent plus auf Kollektivvertragslöhne boten, fordern die

Gewerkschaften vida und GPA-djp eine Erhöhung um 4,1 Prozent. „3,3 Prozent plus sind das Mindeste, die müssen auf jeden Fall sein“, sagt Reinhold Entholzer, Vorsitzender von vida Oberösterreich. Immerhin, so Entholzer, sei die Inflationsrate 2011 bei durchschnittlich 3,3 Prozent gelegen.

Noch bevor die Demonstrationen gestern Nachmittag starteten, signalisierten die Arbeitgeber Verhandlungsbereitschaft. Ein Entgegenkommen sei möglich, nicht aber ein Abschluss, der in Richtung vier Prozent gehe, sagte Erich Fenninger, Bundesgeschäftsführer der Volkshilfe und stv. Vorsitzender der Vereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe (BAGS). Am 20. Februar soll weiterverhandelt werden. (eda)

Entgegenkommen wird signalisiert

demonstrieren. Bei den Protesten mit dabei sind auch die Caritas-Mitarbeiter. Für diese rund 12.000 Personen gilt zwar ein eigener KV, doch auch hier stocken die Verhandlungen seit Mitte Jänner. Bei der letzten Verhandlungsrunde hatte das Arbeitgeber-Angebot laut dem BAGS-Vize 3,05 Prozent betragen. Der Gewerkschaft fordert aber

über vier Prozent. Die BAGS-Kollektivvertragsverhandlungen werden am 20. Februar fortgesetzt, jene mit der Caritas am 22. Februar. Sollte es bei diesen Terminen zu keiner Einigung kommen, sei mit weiteren gewerkschaftlichen Maßnahmen zu rechnen, hieß es in einer Aussendung der Gewerkschaften. Betroffen sind bundesweit rund 90.000 Beschäftigte etwa beim Hilfswerk, bei Lebens- und Volkshilfe oder dem BBRZ.



In Linz wurde vom Europaplatz zur Zentrale der promente ÖÖ am Lonsdorferplatz demonstriert. Foto: GPA

Ein Entgegenkommen bei den Kollektivvertragsverhandlungen sei möglich, nicht aber ein Abschluss in Richtung vier Prozent, sagte Erich Fenninger, Bundesgeschäftsführer der Volkshilfe und stellvertretender Vorsitzender der Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe (BAGS) gestern in Richtung der demonstrierenden Mitarbeiter. In Linz, Wien, Graz und Klagenfurt gingen diese auf die Straße, um für höhere Löhne zu

1. 2. 2012

Zu viele Kinder, zu wenig Geld: Da streiken die Freizeitbetreuer

RUTH EISENREICH

Unerfreuliche Post bekamen die Eltern von über 20.000 Wiener Volksschülern letzte Woche: Ab 14 Uhr werde es am 1. Februar keine Betreuung für ihre Kinder geben, stand in dem Brief. Denn die etwa 700 Mitarbeiter des Vereins Wiener Kinder- und Jugendbetreuung, der für die Nachmittagsbetreuung in den Wiener Volksschulen zuständig ist, sind unter jenen laut Gewerkschaft über 100.000 im privaten Gesundheits- und Sozialbereich Beschäftigten, die an diesem Tag in ganz Österreich zu öffentlichen Betriebsversammlungen und Demonstrationen aufgerufen sind.

Ihre Gewerkschaft hat die Kollektivvertragsverhandlungen unterbrochen, weil die von den Arbeitgebern angebotenen Gehaltserhöhungen nicht einmal die Inflation abgedeckt hätten. Doch der Betriebsrat der „Freizeitbetreuer“ vom Verein Wiener Kinder- und Jugendbetreuung fordert nicht nur höhere Löhne, sondern unter anderem auch kleinere Gruppen: Bis zu 25 Volksschulkinder muss eine einzelne Mitarbeiterin betreuen – wenn jemand krank ist, auch mehr.

Betriebsratsvorsitzende Selma Schacht will, dass die Freizeitbetreuer am Mittwoch geschlossen demonstrieren. Einen Notbetrieb wird es trotzdem geben. „Wir lassen keine Kinder im Regen stehen“, sagt Schacht. ☒

Sparsame Länder drücken Löhne im Sozialbereich

Conrad Seidl

Wien – Mehr als 100.000 Arbeitnehmer im Sozialbereich müssen derzeit um die jährliche Gehaltserhöhung bangen, weil die Bundesländer knapp bei Kasse sind. „Die Länder fahren einen Sparkurs bei ihren Beamten – und geben denselben Spardruck an jene Organisationen weiter, die für sie Leistungen im Gesundheits- und Sozialbereich erbringen“, heißt es bei der Gewerkschaft.

In dieser Woche haben die zuständigen Branchengewerkschaften Vida und GPA/djp bei mehreren Sozialeinrichtungen Protestkundgebungen organisiert. Allein bei der Caritas, die einen eigenen Kollektivvertrag hat, sind 12.000 Beschäftigte betroffen – ihnen gewährt der Arbeitgeber eine Erhöhung hart an der Inflationsrate, aber der Kollektivvertragsabschluss wird auf die lange Bank geschoben.

Der bedeutendste Kollektivvertrag im Sozialbereich ist der „KV für ArbeitnehmerInnen, die bei Mitgliedern der Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe (BAGS) beschäftigt sind“, wobei das Binnen-I im Titel darauf hinweist, dass 84 Prozent der Beschäftigten weiblich sind. Etwa Pflegehelferinnen, die zwischen 1677 und (nach 35 Dienstjahren) 2300 Euro verdienen – falls sie Vollzeit arbeiten. Dazu kommt, dass Landesverwaltungen (beispielsweise in Salzburg), die Kilometergelder nicht voll abgelten – und dies von den privaten Trägern an die Schwächsten im System weitergegeben wird: 14 Cent bekommt eine teilzeitbeschäftigte Heimhelferin pro Kilometer – und als Fahrzeit wird unabhängig von der Wegstrecke nur zehn Minuten anerkannt.

Die Arbeitgeber geben sich den Beschäftigten gegenüber geschlossen, den Ländern, von denen sie Geld brauchen, geben sie aber einzeln nach, klagt KV-Verhandler Reinhard Bödenauer: „Die akzeptieren einfach, dass etwa das Land Steiermark sagt: Mehr gibt's nicht.“

Jene Vergünstigungen, die man Landesbediensteten als Ausgleich gewährt hat (etwa mehr Urlaub) gibt es für die ausgliederten Beschäftigten in den Sozialorganisationen auch nicht.

SCHWERPUNKT:

**Länder unter
dem Zwang
zum Sparen**

Pflegepersonal ging auf die Straße

Nach mehreren Kollektivvertrags-Verhandlungen ohne wesentliche Annäherung sind am Mittwoch Tausende Beschäftigte aus dem privaten Gesundheits- und Sozialbereich auf die Straße gegangen. Sie fordern eine kräftige Lohnerhöhung.

Rund 100.000 Personen sind in Österreich im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich beschäftigt, etwa die Hälfte davon in Wien. Die Demonstration begann am Nachmittag vor der Zentrale der Gewerkschaft der Privatangestellten am Alfred Dallinger-Platz in Wien-Landstraße. Die Abschluss-Kundgebung fand dann in der Modecenterstraße statt.



Foto/Grafik:APA/Georg Hochmuth

Anerkennung auch beim Gehalt zeigen

Die Gewerkschaft erwartet rund 2.000 Demoteilnehmerinnen und Demoteilnehmer. Sie fordern Einkommenserhöhungen, die zumindest die Inflation abgelteten. Das Angebot der Arbeitgeber liegt derzeit noch eindeutig darunter.

„Ständig wird den Menschen gesagt, dass der Gesundheits- und Sozialbereich Zukunftsbranchen seien, aber weder beim Einkommen noch den Arbeitsbedingungen wird diesen Beteuerungen Rechnung getragen“, kritisierte der stellvertretende Gewerkschafts-Vorsitzende Willibald Steinkellner.



Foto/Grafik:APA/Georg Hochmuth

Anrechnung von Karenzzeiten als Knackpunkt

Auch bei der Anrechnung der Karenzzeiten für Frauen sei man noch weit voneinander entfernt, bestätigten beide Seiten. Das sei aber ein besonders wichtiger Punkt, denn immerhin sind vier von fünf Beschäftigten im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich sind Frauen.

Arbeitgeber signalisierte Verhandlungsbereitschaft

Vor Beginn der Demos signalisierte die Arbeitgeberseite Verhandlungsbereitschaft. Ein Entgegenkommen bei den Kollektivvertragsverhandlungen sei möglich, nicht aber ein Abschluss in Richtung vier Prozent, sagte Erich Fenninger, stellvertretender Vorsitzender der Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe (BAGS).

Er habe großes Verständnis für die Forderungen, gleichzeitig sei der Druck der Bundesländer als Fördergeber dramatisch. Anders als im Handel könnten die BAGS-Unternehmen die Lohn- und Gehaltserhöhung nicht auf den Preis aufschlagen. „Die Länder bestimmen den Preis, nicht wir“, so Fenninger.

Die BAGS-Verhandlungen werden am 20. Februar fortgesetzt, jene der Caritas am 22. Februar. Sollte es bei diesen Terminen zu keiner Einigung kommen, sei mit weiteren gewerkschaftlichen Maßnahmen zu rechnen, so die Gewerkschaften GPA-djp und vida.

Link:

- **Gewerkschaft der Privatangestellten** <http://www.gpa-djp.at/servlet/ContentServer?pagename=GPA/Page/Index&n=GPA_0>

Publiziert am 01.02.2012

Gesundheit/Soziales/Protest/Demonstration/Gewerkschaften**Sozialberufe - Demos in Wien und den Bundesländern BILD**

Utl.: 2.000 bis 3.000 Teilnehmer in der Bundeshauptstadt - 1.400 in Linz, einige Hundert in Graz =

Wien (APA) - Tausende Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialbereich sind am Mittwoch in Wien, Linz, Graz und Klagenfurt bei klirrender Kälte für höhere Löhne und Gehälter auf die Straße gegangen. Allein in der Bundeshauptstadt demonstrierten - nach Polizei- bzw. Veranstalterangaben - 2.000 bis 3.000 Menschen, in Linz mehr als 1.000. Unter dem Motto "Soziale Arbeit ist mehr Wert!" verlangten die Kundgebungsteilnehmer in Wien ein Kollektivvertrags-Plus von 4,1 Prozent.

Der Demo-Zug in Wien startete bei der Zentrale der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA-djp) im Bezirk Landstraße, die gemeinsam mit der vida als Organisator auftrat. Ziel war die Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe (BAGS) unweit der Gasometer, wo es Pfiffe für das bisher vorliegende Angebot von plus 3,05 Prozent setzte.

Als Abschlussredner kritisierte der stellvertretende vida-Vorsitzende Willibald Steinkellner den Versuch, die Beschäftigten mit Almosen abzuspeisen. Eine Kürzung der Realeinkommen komme nicht infrage, denn schon jetzt verdienten die Mitarbeiter dieser Branche um 17 Prozent weniger als der österreichische Durchschnitt. "Sozial Arbeit hat ihren Preis. Wir stehen hier, diesen Preis einzufordern", sagte er.

GPA-djp-Bundesgeschäftsführerin Dwora Stein verlangte eine Anerkennung für jene Menschen, die sich mit ihrer Arbeit gegen die zunehmende soziale Kälte einsetzten. Konkret verlangte sie die Anrechnung der Eltern- und Hospizkarenz bei den Vorrückungen, außerdem dürfe es keine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten geben.

Unter den BAGS-Kollektivvertrag fallen rund 90.000 Beschäftigte, die etwa beim Hilfswerk, der Lebenshilfe oder der Caritas Socialis arbeiten. Auch die Caritas-Mitarbeiter protestierten, für sie gilt ein eigener KV. Für die beiden Verträge stehen am 20. bzw. 22. Februar weitere Verhandlungsrunden an.

Zur Demonstration in Linz - vom Europaplatz zum Lonstoferplatz - sind trotz eisigem Wind nach Schätzungen der Organisatoren mindestens 1.400 Personen gekommen. Unter ihnen befanden sich auch Teilnehmer aus den westlichen Bundesländern. Auf Transparenten hieß es "Soziale Wärme statt kollektivvertragliche Kälte", "Es ist kalt im Sozialbereich" und "Nein zum (Psycho)Sozialabbau in Oberösterreich".

Rund 400 Teilnehmer erwartet der steirische FSG-Vorsitzende und Chefverhandler für den Kollektivvertrag, Klaus Zenz, bei der Protestveranstaltung in Graz. Der dortige "Trauermarsch" von BAGS-Bediensteten zog vom Lend-Pavillon im Volksgarten zum Lendplatz - mit einem Sarg, Fackeln und Trauermusik. Dabei waren laut Zenz zwar Delegierte aus der ganzen Steiermark, aber die Arbeit würde nicht niedergelegt. Die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr unterstützte den Gewerkschaftsprotest: "Die Beschäftigten haben einen Aufholbedarf. Die Löhne und Gehälter liegen um 17 Prozent unter dem dem branchenübergreifenden Durchschnittseinkommen."
(Forts.mögl.) ham/zie/ueb/pek/dru

APA0549 2012-02-01/16:48

011648 Feb 12

Gesundheit/Soziales/Protest/Demonstration/Gewerkschaften

Sozialberufe - Arbeitgeber signalisieren Verhandlungsbereitschaft

Utl.: Fenninger: Verständnis für die Forderungen, aber kein Abschluss
Richtung 4 Prozent =

Wien (APA) - Vor Beginn der Demos im privaten Gesundheits- und Sozialbereich hat die Arbeitgeberseite am Mittwoch Verhandlungsbereitschaft signalisiert. Ein Entgegenkommen bei den Kollektivvertragsverhandlungen sei möglich, nicht aber ein Abschluss in Richtung vier Prozent, sagte Erich Fenninger, Bundesgeschäftsführer der Volkshilfe und stellvertretender Vorsitzender der Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe (BAGS) am Mittwoch zur APA.

Er habe großes Verständnis für die Forderungen, gleichzeitig sei der Druck der Bundesländer als Fördergeber dramatisch. Anders als im Handel, wo der Abschluss 3,6 Prozent betragen habe, könnten die BAGS-Unternehmen die Lohn- und Gehaltserhöhung nicht auf den Preis aufschlagen. "Die Länder bestimmen den Preis, nicht wir", sagte Fenninger.

Bei der letzten Verhandlungsrunde Mitte Jänner hatte das Arbeitgeber-Angebot laut dem BAGS-Vize 3,05 Prozent betragen, was nach seinen Angaben bereits die Inflation samt einem Plus abgedeckt hätte. Auch bei der Anrechnung von Karenzzeiten habe man ein Entgegenkommen signalisiert. Der Gewerkschaft ist das zu wenig. Sie fordert 4,1 Prozent, denn laut ihrer heute bekanntgemachten Berechnung lag allein die Teuerungsrate im Jahresschnitt 2011 bei 3,3 Prozent.

Die BAGS-Kollektivvertragsverhandlungen werden am 20. Februar fortgesetzt, jene mit der Caritas am 22. Februar. Sollte es bei diesen Terminen zu keiner Einigung kommen, sei mit weiteren gewerkschaftlichen Maßnahmen zu rechnen, hieß es am Mittwoch in einer Aussendung der Gewerkschaften GPA-djp und vida.
(Schluss) ham/ks

APA0324 2012-02-01/12:53

011253 Feb 12

Gesundheit/Soziales/Protest/Demonstration/Gewerkschaften/Vorschau

Sozialberufe - Demos für KV-Abschluss am Nachmittag

Utl.: In Wien, Linz, Graz und Klagenfurt =

Wien (APA) - Mit Demonstrationen in Wien, Linz, Graz und Klagenfurt machen die Arbeitnehmer im privaten Gesundheits- und Sozialbereich heute, Mittwochnachmittag, Druck für eine kräftige Lohn- und Gehaltserhöhung. Angeführt von den Gewerkschaften vda und GPA-djp fordern sie ein Plus von 4,1 Prozent, was die Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe (BAGS) als unrealistisch abgelehnt hat.

Betroffen sind rund 90.000 Beschäftigte etwa beim Hilfswerk, der Lebenshilfe oder der Caritas Socialis. Die Verhandlungen für den BAGS-Kollektivvertrag sind seit 13. Jänner unterbrochen, Mitte Februar soll es weitergehen. Die Arbeitgeber haben zuletzt zwischen 2,95 und 3,05 Prozent geboten, für die Gewerkschafter angesichts der Inflationsrate von 3,2 Prozent zu wenig. Neben einer realen Einkommenserhöhung fordern sie auch bessere planbare Diensteinsätze für die Branche, in der der Frauenanteil rund 80 Prozent beträgt.

Bei den Protesten mit dabei sind auch die Caritas-Mitarbeiter. Für diese rund 12.000 Personen gilt zwar ein eigener KV, doch auch hier stocken die Verhandlungen seit Mitte Jänner, nachdem die Gewerkschaft plus 4,2 Prozent verlangt hat.

(Schluss) ham/ks

APA0198 2012-02-01/11:06

011106 Feb 12

Gewerkschaften/Gesundheitsberufe/Demo/GPA-djp/Vida**GPA-djp/vida: Gesundheits- und Sozialbereich nicht krank sparen**

Utl.: Heute Demonstrationen in Wien, Linz, Graz und Klagenfurt =

Wien (OTS) - BITTE SPERRFRIST 14 UHR BEACHTEN

(vida/GPA-djp/ÖGB). "Wir können nicht zulassen, dass der gesamtgesellschaftlich so wichtige Gesundheits- und Sozialbereich krank gespart wird", sind sich GPA-djp Bundesgeschäftsführerin Dwora Stein und der stellvertretende vida-Vorsitzende Willibald Steinkellner einig. Heute, am 1. Februar demonstrieren in Wien, Linz, Graz und Klagenfurt Beschäftigte und BetriebsrätInnen für eine kräftige Lohn- und Gehaltserhöhung für die mehr als 100.000 Beschäftigten im privaten Gesundheits- und Sozialbereich.++++

Nach mehreren Verhandlungsrunden verweigern die Arbeitgeber den Beschäftigten sowohl beim BAGS-Kollektivvertrag (Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe) als auch beim Caritas-Kollektivvertrag eine faire Einkommenserhöhung. Die Angebote liegen nach wie vor unter der Teuerungsrate, die im Jahresschnitt 2011 bei 3,3 Prozent lag.

Steinkellner: "Wir zeigen die Scheinheiligkeit auf, der die Beschäftigten ausgesetzt sind" In den vergangenen Jahren ist der Arbeitsdruck im privaten Gesundheits- und Sozialbereich enorm angestiegen. Die Organisationen und Vereine kalkulieren mit äußerst knappen Personalressourcen, laufendes Einspringen gehört für viele Beschäftigte zum Arbeitsalltag. Trotz harter Arbeit liegt die Entlohnung um 17 Prozent unter dem branchenübergreifenden Durchschnitt. "Es ist Zeit, die Scheinheiligkeit aufzuzeigen, mit der die Politik, aber auch die Arbeitgeber agieren", sagt der stellvertretende vida-Vorsitzende Willibald Steinkellner. "Alle reden von der Zukunftsbranche Pflege und Betreuung. Aber wenn es ums Zahlen geht, drücken sich alle", kritisiert der Gewerkschafter. Die Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich sind 365 Tage rund um die Uhr im Einsatz. "Diese Leistung gibt es nicht zu Dumpingpreisen", verlangt Steinkellner einen fairen Kollektivvertragsabschluss.

Stein übt Kritik an familienfeindlichen Arbeitsbedingungen in der Branche

"Die unbezahlte Betreuungsarbeit innerhalb der Familie wird größtenteils von Frauen geleistet. Deshalb wollen wir gerade in diesem Bereich, in dem 80 Prozent der Beschäftigten Frauen sind, durchsetzen, dass sowohl die Elternkarenz und als auch die Hospizkarenz auf die Vorrückungen im Lohn- und Gehaltsschema angerechnet werden", fordert GPA-djp Bundesgeschäftsführerin Dwora Stein.

"Absolut abzulehnen ist jegliche Flexibilisierung bei der Arbeitszeitgestaltung. Schon jetzt werden Dienstpläne oft zu spät ausgegeben oder nachträglich geändert. Das ist vor allem für alle, die sich neben dem Beruf um Kinder oder andere Angehörige kümmern, überaus problematisch", so Stein abschließend.

Der BAGS-Kollektivvertrag gilt für rund 90.000 Beschäftigte aus dem privaten Sozial- und Gesundheitsbereich, der Caritas-Kollektivvertrag für die rund 12.000 Beschäftigten der Caritas. Große Arbeitgeber in der BAGS sind beispielsweise das Österreichische Hilfswerk, die Lebenshilfe Österreich, die Volkshilfe, Caritas Socialis, das Kuratorium Wiener Pensionisten Wohnhäuser, das Berufliche Bildungs- und Rehabilitationszentrum (BBRZ) oder die Jungarbeiterbewegung.

Die Kollektivvertragsverhandlungen mit der Berufsvereinigung der Arbeitgeber im Gesundheits- und Sozialbereich (BAGS) werden am 20. Februar fortgesetzt, jene mit der Caritas am 22. Februar. Sollte es bei diesen Terminen zu keiner Einigung kommen, ist mit weiteren gewerkschaftlichen Maßnahmen zu rechnen.

<p>Rückfragehinweis: GPA-djp Öffentlichkeitsarbeit Mag. Elisabeth Schnallinger Tel.: 05 0301-21386 Mobil: 05 0301-61386 E-Mail: elisabeth.schnallinger@gpa-djp.at</p>	<p>vida-Öffentlichkeitsarbeit Mag. Martina Fassler Tel: 0664/614 57 32 oder 01/53444 79-260 martina.fassler@vida.at www.vida.at</p>
--	---

OTS0148 2012-02-01/12:30
OTS0169 5 II 0189 FMB0002

Mi, 01.Feb 2012

Innenpolitik/Soziales/Proteste/Grüne/Schatz

Grüne Schatz: "Soziale Dienste sind harte Arbeit, faire Lohnerhöhung und öffentliche Investitionen mehr als überfällig."

Utl.: Grüne ArbeitnehmerInnensprecherin Birgit Schatz unterstützt Aktionstag und Demonstrationen der Beschäftigten im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich =

Wien (OTS) - Im privaten Gesundheits- und Sozialbereich arbeiten mehr als 100.000 Beschäftigte, überwiegend Frauen. Sie alle arbeiten seit Jahren mit meist hohem Engagement, unterbezahlt und aufgrund von chronischer Unterbesetzung unter hohem Druck. "Die gutmütige Bereitschaft in diesem Bereich auch unbezahlt zu arbeiten, wird leider von vielen Arbeitgebern ausgenutzt. Doch oft bleibt auch denen keine Wahl, sie geben die Mittelknappheit einfach weiter. Die chronische Unterfinanzierung des gesamten Sektors durch die öffentliche Hand müssen dann letztlich die dort Beschäftigten ausbaden. Das ist nicht einzusehen", so Birgit Schatz.

Das Angebot der Arbeitgeber im Rahmen der BAGS-Kollektivvertragsverhandlungen, eine Lohnerhöhung unter der Inflationsrate, das heißt ein de facto Einkommensverlust, ist völlig inakzeptabel. "Hier wird für die Gesellschaft immens wichtige Arbeit geleistet, von überwiegend hoch qualifizierten, oft über ihre Kräfte hinaus engagierten, aber deutlich unterbezahlten Menschen. Es ist Zeit das nicht nur wert zu schätzen, sondern auch durch entsprechende Lohnerhöhungen deutlich zu machen" fordert Schatz.

Rückfragehinweis:

Die Grünen

Tel.: +43-1 40110-6697

mailto:presse@gruene.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/100/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0169 2012-02-01/13:07

011307 Feb 12

Soziales/Pflegepersonal/Kollektivverträge/Gewerkschaften/Gesundheit

ÖGKV unterstützt die Forderungen der Beschäftigten im Pflege- und Sozialbereich

Utl.: Faire Entlohnung für Pflege- und Sozialberufe dringend notwendig =

Wien (OTS) - 420.000 Menschen in Österreich brauchen täglich Pflege, Tendenz steigend. Gleichzeitig nimmt die Zahl der pflegenden Angehörigen ständig ab. Am Sektor der Langzeitpflege, in der Akutversorgung und im ambulanten Bereich spitzt sich die Personalsituation durch Leistungsverdichtung und Personalknappheit ebenfalls zu. Nachtdienste, Dienstzeiten an Sonn- und Feiertagen, sowie belastende Rahmenbedingungen in der mobilen Pflege machen Pflege- und Sozialberufe zu einem wenig attraktiven Beruf. Es ist nach wie vor ein vorwiegend von Frauen ausgeübter Beruf, insbesondere in industriearmen Regionen Österreichs. Zahlreiche freie Dienstposten werden verzögert nachbesetzt, oft nur durch Teilzeitkräfte.

"Den Forderungen der Beschäftigten im Pflege- und Sozialbereich ein Abfuhr zu erteilen, ist nicht zu akzeptieren" meint Ursula Frohner, Präsidentin des Österreichischen Gesundheits- und Krankenpflegeverbandes (ÖGKV).

"Wir brauchen dringend den verstärkten Aufbau des extramuralen Pflegesystems und können das dafür nötige Personal nur durch angemessene Entlohnung und Rahmenbedingungen gewinnen", meint Frohner weiter. Hier den Sparstift ansetzen zu wollen, hätte fatale Auswirkungen.

Bei der Einkommensentwicklung im Pflege- und Betreuungssektor besteht ohnehin ein Aufholbedarf. Ebenso ist die Verbesserung der Anrechnung von Karenzzeiten bei Gehaltsvorrückungen ein wichtiger Schritt um die Einkommensschere nicht noch weiter auseinander klaffen zu lassen.

Pflege- und Sozialberufe haben einen zentralen Versorgungsauftrag für die Menschen in Österreich. Die Bedeutung dieser Arbeit kann nicht nur mit Sonntagsreden abgegolten werden.

Rückfragehinweis:

~

Ursula Frohner, Präsidentin
Österreichischer Gesundheits- und Krankenpflegeverband - ÖGKV
Wilhelminenstraße 91/IIe, 1160 Wien
Tel.: +43 1/ 478 27 10
mailto:office@oegkv.at
www.oegkv.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/487/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0090 2012-02-01/10:54

011054 Feb 12

Termin/Gesundheit/Gewerkschaften/Soziales/Kollektivvertrag

AVISO: Gesundheits- und Sozialbereich - Morgen Demonstrationen in Wien, Linz, Graz und Klagenfurt

Utl.: Beschäftigte fordern kräftigte Lohn- und Gehaltserhöhung -
Arbeitgeber bieten Abschluss unter Inflationsrate =

Wien (OTS/GPA-djp/vida/ÖGB) - Am 1. Februar finden in Wien, Linz, Graz und Klagenfurt Demonstrationen für eine kräftige Lohn- und Gehaltserhöhung für die mehr als 100.000 Beschäftigten im privaten Gesundheits- und Sozialbereich statt. Die VertreterInnen der Medien sind herzlich eingeladen.++++

Nach mehreren Verhandlungsrunden sind die KV-Verhandlungen ohne wesentliche Annäherungen geblieben. Die Beschäftigten, ihre BetriebsrätInnen und die Gewerkschaften GPA-djp und vida und fordern Einkommenserhöhungen, die neben der Abgeltung der Inflationsrate auch dem großen Einsatz der Beschäftigten Rechnung tragen. Die Arbeitgeber beharren aber auf einem Angebot, dass einem Einkommensverlust gleichkommt.

"Ständig wird den Menschen gesagt, dass der Gesundheits- und Sozialbereich Zukunftsbranchen seien, aber weder beim Einkommen noch den Arbeitsbedingungen wird diesen Beteuerungen Rechnung getragen", kritisiert der stellvertretende vida-Vorsitzende Willibald Steinkellner.

"Wir verlangen planbare Dienstesätze, die nicht ständig und kurzfristig verändert werden, und eine reale Einkommenserhöhung für die Beschäftigten. Das würde vor allem die Einkommens- und Arbeitssituation der rund 80 Prozent beschäftigten Frauen, wesentlich erleichtern", sagt die Bundesgeschäftsführerin der GPA-djp Dwora Stein.

Die Treffpunkte:

Wien: 14:00 Uhr, GPA-djp Zentrale, Alfred-Dallinger-Platz 1, 1030 Wien, Abschlusskundgebung ca. 16 Uhr Büro der BAGS, Modecenterstraße 14, 1030 Wien
(für die Beschäftigten aus Wien, NÖ u. Burgenland)

Linz: 14:00 Uhr, Europaplatz, Abschlusskundgebung ca. 15:30 Uhr, Lonstroferplatz
(für die Beschäftigten aus OÖ, Salzburg, Tirol und Vorarlberg)

Graz: 16:00 Uhr, Pavillion im Volksgarten, Abschlusskundgebung ca. 17 Uhr, Lendplatz
(für die Beschäftigten aus der Steiermark)

Klagenfurt: 14:00 Uhr, ÖGB-Haus Klagenfurt, Bahnhofstraße 44 (für die Beschäftigten aus Kärnten)

Rückfragehinweis:

~

Gewerkschaft vida
Öffentlichkeitsarbeit
Mag. Martina Fassler
Tel.: (01) 53 444 79 260
Mobil: 0664/61 45 732
Internet: www.vida.at

GPA-djp
Mag. Martin Panholzer
Tel.: 05 0301-21511
Mobil: 05 0301-61511
E-Mail: martin.panholzer@gpa-djp.at
<http://www.gpa-djp.at>

Termin/Gesundheit/Gewerkschaften/Soziales/Wien/Kollektivverträge

AVISO: Aktionstag im Gesundheits- und Sozialbereich am 1. Februar in Wien

Utl.: Mehr als 50 Versammlungen in Wiener Betrieben – Beschäftigte fordern kräftige Gehaltserhöhung =

Wien (OTS/ÖGB) - Um Bewegung in die stockenden Kollektivvertragsverhandlungen im Bereich Gesundheit und Soziales zu bringen, werden am 1. Februar BetriebsrätInnen und Beschäftigte in Wien auf die Straße gehen und ein deutliches Signal für eine kräftige Gehaltserhöhung setzen. Seit Beginn der Woche haben bereits mehr als 10.000 Beschäftigte bei 50 Betriebsversammlungen in Wien weitere Aktionen beraten und beschlossen. ++++

"Die Beschäftigten in diesem Bereich leisten eine physisch und psychisch sehr anspruchsvolle Arbeit. Durch Kürzungen ist der Arbeitsdruck in den vergangenen Jahren enorm gestiegen. Bei mehr als 50 Betriebsversammlungen haben die Beschäftigten einhellig die Forderungen der Verhandlungsteams nach einer kräftigen Gehaltserhöhung unterstützt, die diese Leistung entsprechend honoriert", erklärt Silvia Weber-Tauss, Vorsitzende des Wiener Wirtschaftsbereichs Gesundheit und Soziales der GPA-djp.

"Der erste Februar ist ein entscheidender Tag für die Verhandlungen in diesem für die gesamte Gesellschaft so wichtigen Bereich. Je mehr Menschen zur Demonstration kommen, desto deutlicher wird das Signal an die Arbeitgeber ausfallen. Wir würden uns freuen, wenn ganze Betriebe im Rahmen von Betriebsversammlungen geschlossen an der Kundgebung teilnehmen", so Barbara Teiber, Wiener Regionalgeschäftsführerin der GPA-djp.

Wann: 1. Februar, 14 Uhr

Wo: GPA-djp-Zentrale, Alfred-Dallinger-Platz 1, 1030 Wien

Rückfragehinweis:

~

GPA-djp Öffentlichkeitsarbeit
Mag. Elisabeth Schnallinger
Tel.: 05 0301-21386
Mobil: 05 0301-61386
E-Mail: elisabeth.schnallinger@gpa-djp.at
<http://www.gpa-djp.at>

Wirtschaft/Wien/Soziales/Kollektivvertrag/Gewerkschaften

Betriebsversammlungen der Wiener FreizeitbetreuerInnen

Utl.: Betriebsrat informiert über unterbrochene Kollektivvertragsverhandlungen und ruft zur Demonstration des Sozialbereichs auf =

Wien (OTS/GPA-djp) - Morgen Mittwoch, am 25. Jänner, und am 1. Februar versammeln sich die Beschäftigten des Vereins "Wiener Kinder- und Jugendbetreuung", um wieder Bewegung in die Kollektivvertragsverhandlungen des Gesundheits- und Sozialbereichs (BAGS) zu bringen, die unterbrochen wurden. Die Freizeitbetreuung an den Ganztags- und offenen Schulen sowie in den Lern- und Freizeitklubs fällt an diesen zwei Tagen teilweise aus, Notbetriebe werden aber selbstverständlich eingerichtet. Viele Eltern solidarisieren sich trotz dieses Ausfalls mit den Anliegen der KinderbetreuerInnen und unterstützen sie auch aktiv.

"Es wird zwar nach Kollektivvertrag bezahlt, aber dieser ist grundsätzlich zu niedrig. Die Löhne und Gehälter liegen um 17 Prozent unter dem branchenübergreifenden Durchschnittseinkommen", erklärt Betriebsratsvorsitzende Selma Schacht. Die Auswirkung von geringer Bezahlung und fast ausschließlich Teilzeitverträgen ist der seit Jahren herrschende Personalmangel, der zusätzlich zu immer größerem Arbeitsdruck führt.

"Wir wollen die beste Betreuung und Bildung für alle Kinder, die in dieser Stadt leben", betont Schacht, doch dazu gehören auch mehr finanzielle Ressourcen von Seiten der öffentlichen Hand.

Genau diese Forderungen werden in hunderten Betrieben des Gesundheits- und Sozialbereichs gestellt, und am 1. Februar beim gemeinsamen Aktionstag auf die Straße getragen. "Ein Reallohnverlust, wie von den Arbeitgebern angepeilt, ist nicht drin - wir können uns sonst die Arbeit in dieser Branche schlicht nicht mehr leisten", warnt Schacht.

Ob nach diesen zwei Versammlungstagen noch weitere Schritte notwendig sind, wird sich erst nach der nächsten Kollektivvertrags-Verhandlungsrunde im Februar zeigen.

Rückfragehinweis:

Selma Schacht

Betriebsratsvorsitzende Wiener Kinder- und Jugendbetreuung

Tel. 0664/1414086

www.betriebsrat-kinderbetreuung.at

APA0649 5 II 0177 WI/CI Siehe APA0545/13.01 Fr, 13.Jän 2012

Soziales/Einkommen/Kollektivverträge/Gewerkschaften/Caritas

Caritas-KV - Gewerkschaft über Caritas-Ankündigung empört

Utl.: Proyer: "Aus dem Lehrbuch der Entsolidarisierung" =

Wien (APA) - Dass die Caritas ihren Mitarbeitern auch ohne Kollektivvertragseinigung ab Februar drei Prozent mehr Gehalt zahlen will, sorgt bei der Gewerkschaft für Empörung. GPA-djp-Vizechef Karl Proyer wertete dies gegenüber der APA als Versuch, die am Freitag unterbrochenen Verhandlungen zu präjudizieren. Er empfahl der Caritas, ihre Vorgangsweise zu überdenken und nicht den Weg des Drucks auf die Beschäftigten zu gehen.

Proyer ortete eine Vorgangsweise "aus dem Lehrbuch der Entsolidarisierung". Es sei ungewöhnlich, die Beschäftigten mit einer solchen Gegenstrategie gegen die Verhandlungsorgane der Arbeitnehmerseite auseinanderdividieren zu wollen. "Das kannte man nur aus betriebswirtschaftlichen Handbüchern, weniger von der Caritas."

Es sei dies aber auch "arbeitsrechtlich ein Hammer", der für die Caritas durchaus riskant sei, so Proyer weiter. Es gehe nämlich um KV-Verhandlungen, und die Caritas wolle nun freiwillig etwas zahle, das die Beschäftigten nicht bestellt hätten. Daher könnte es ihr passieren, dass sie bei einem Abschluss doppelt zahlen und auch die ab Februar freiwillig gezahlten plus drei Prozent valorisieren müsse.

(Schluss) ham

APA0649 2012-01-13/20:29

132029 Jän 12

APA0545 5 II 0108 WI/CI Siehe APA0482/13.01 Fr, 13.Jän 2012

Soziales/Einkommen/Kollektivverträge/Caritas

Caritas-KV - Plus 3 Prozent ab Februar als Überbrückung

Utl.: Forderung nach 4,2 Prozent für Dienstgeber nicht erfüllbar =

Wien (APA) - Die Caritas zahlt ihren Mitarbeitern trotz ausstehender Kollektivvertragseinigung mehr. Ab 1. Februar bis zu einer Einigung über die KV-Erhöhungen erhalten sie überbrückungsmäßig jene drei Prozent mehr, die die Caritas-Dienstgeber den Arbeitnehmervertretern bei den Verhandlungen am Freitag angeboten haben, hieß es in einer Aussendung der Caritas Österreich.

Verständigt haben sich beide Seiten bereits auf eine verbesserte Anrechnung der Elternkarenz und eine Extraerhöhung für Fachsozialbetreuer. Die von der Gewerkschaft geforderten Gehaltserhöhungen von 4,2 Prozent können man jedoch unmöglich erfüllen, so der Vorsitzende des Caritas-Kollektivvertragsvereins, Gerhard Reischl.

(Schluss) ham

APA0545 2012-01-13/16:52

131652 Jän 12

Soziales/Caritas/Kollektivvertrag

Verhandlungen für Caritas-Kollektivvertrag gehen in die nächste Runde

Utl.: Caritas-Chefverhandler Reischl: "Forderungen der Gewerkschaft unmöglich finanzierbar"/ verbesserte Anrechnung der Elternkarenz bereits fix =

Wien (OTS) - Die Verhandlungen für den Caritas-Kollektivvertrag gehen im Februar in die nächste Runde. "Die von der Gewerkschaft geforderten Gehaltserhöhungen von 4,2 Prozent können wir unmöglich erfüllen", so der Vorsitzende des Caritas-Kollektivvertragsvereins, Gerhard Reischl. Die - auch angesichts der Kürzungen der öffentlichen Gelder - knappen Mittel würden einen solchen Abschluss einfach nicht erlauben: "Das wäre verantwortungslos gegenüber Mitarbeitern wie Klienten", so Reischl. Der Caritas-KV gilt für alle Caritas-Organisationen ausser jenen in den Diözesen Innsbruck und Feldkirch.

Verständigt haben sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter bereits auf eine verbesserte Anrechnung der Elternkarenz und eine Extraerhöhung für Fachsozialbetreuer. Um die Verhandlungen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten auszutragen haben die Caritas-Dienstgeber beschlossen, den Caritas-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ab 1. Februar bis zu einer Einigung über die KV-Erhöhungen überbrückungsmäßig jene drei Prozent auszuzahlen, die sie den Arbeitnehmervertretern heute angeboten haben.

Rückfragehinweis:

Caritas Österreich

Mag. Silke Ruprechtsberger

Tel.: 01/488 31/417 oder: 0664/82 66 909

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/61/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0192 2012-01-13/16:32

131632 Jän 12

Soziales/Einkommen/Kollektivverträge/Caritas**Caritas-KV - Weiter keine Einigung**

Utl.: Nächste Verhandlungsrunde am 22. Februar =

Wien (APA) - Ohne Ergebnis sind laut Gewerkschaft die Verhandlungen für den Kollektivvertrag der Caritas-Arbeitnehmer Freitagnachmittag unterbrochen worden. "Die Vorstellungen über die Gehaltserhöhungen für die rund 12.000 Beschäftigten liegen noch zu weit auseinander", meinte Stefan Kraker, Verhandlungsleiter der Arbeitnehmer, in einer Aussendung. Die vierte Verhandlungsrunde sei für 22. Februar vereinbart. Bis dahin würden die Betriebsräte der Caritas über weitere Maßnahmen beraten.

"Das heute formulierte Angebot hätte zwar eine reelle Gehaltserhöhung ab Juli beinhaltet, auf das ganze Jahr gerechnet müssten die Beschäftigten jedoch einen Einkommensverlust in Kauf nehmen", so Kraker. Das sei "schlichtweg nicht zumutbar".

Begleitend zu den heutigen Verhandlungen habe vor dem Verhandlungsort, der Caritas der Erzdiözese Wien, eine öffentliche Betriebsrätekonferenz stattgefunden. Die GPA-djp und die vida hatten außerdem zu einer Mahnwache geladen, insgesamt hätten sich über 100 Betriebsräte und Unterstützer aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich mit der Forderung nach einem fairen Gehaltsabschluss für die Caritas-Angestellten solidarisiert.
(Schluss) spu/ham

APA0482 2012-01-13/15:31

Soziales/Gesundheit/Einkommen/Kollektivverträge**KV-Verhandlungen für Gesundheits- und Sozialbereich unterbrochen**

Utl.: Gewerkschaft ist Angebot zu niedrig - Betriebsversammlungen angekündigt =

Wien (APA) - Die Kollektivvertragsverhandlungen für die rund 90.000 Beschäftigten im privaten Gesundheits- und Sozialbereich sind laut Gewerkschaft in der Nacht auf Freitag nach zwölf Stunden Verhandlung ergebnislos unterbrochen worden. Das Angebot einer Lohn- und Gehaltserhöhung zwischen 2,95 und 3,05 Prozent liege unter der Inflationsrate von 3,2 Prozent, weshalb es "völlig inakzeptabel" sei, meint die Gewerkschaft und kündigt Betriebsversammlungen an. Die Arbeitgeber halten hingegen die Forderung der Gewerkschaft für "völlig unrealistisch".

Die Betriebsräte planen bereits jetzt betriebliche und überbetriebliche Aktionen in allen österreichischen Regionen, um die Beschäftigten und die Öffentlichkeit über den Verhandlungsstand zu informieren, erklärten Michaela Guglberger (vida) und Reinhard Bödenauer (GPA-djp) in einer Aussendung. Noch im Jänner sollen in den Betrieben Betriebsversammlungen stattfinden.

Der Abschluss müsse für die Organisationen in der Sozialwirtschaft finanzierbar sein, betonte Wolfgang Gruber, Vorstandsvorsitzender der Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe (BAGS), nach der dritten Verhandlungsrunde. "Vor dem Hintergrund der Einsparungsmaßnahmen bei den öffentlichen Haushalten ist die Forderung der Gewerkschaft nach einer Erhöhung der Löhne und Gehälter um 4,1 Prozent daher völlig unrealistisch." Von den Arbeitgebern sei u.a. eine Verbesserung bei der Anrechnung der Elternkarenz zugesagt worden. Die nächste Verhandlungsrunde ist für Februar geplant.
(Schluss) spu/jul

APA0310 2012-01-13/12:49

Gewerkschaften/Soziales/Kollektivvertrag/BAGS/Vida/GPA-djp

BAGS-KV: Verhandlungen für den Gesundheits- und Sozialbereich unterbrochen

Utl.: BetriebsrätInnen beschließen bereits erste Aktionen =

Wien (OTS/vida/GPA-djp/ÖGB) - Die Kollektivvertragsverhandlungen für die rund 90.000 Beschäftigten im privaten Gesundheits- und Sozialbereich wurden heute Nacht nach 12-stündiger Verhandlung ergebnislos unterbrochen. Das Angebot einer Lohn- und Gehaltserhöhung (zwischen 2,95 und 3,05 Prozent) liegt unter der Inflationsrate von 3,2 Prozent. "Dieses "Angebot" ist für Beschäftigten völlig inakzeptabel, da es mit einem Einkommensverlust gleichzusetzen ist. Die BetriebsrätInnen planen daher bereits jetzt betriebliche und überbetriebliche Aktionen in allen österreichischen Regionen, um die Beschäftigten und die Öffentlichkeit über den Verhandlungsstand und die Bedeutung dieses Kollektivvertrages zu informieren", sagen die VerhandlerInnen der Gewerkschaften vida und GPA-djp, Michaela Guglberger und Reinhard Bödenauer. Als erste Reaktion auf das ungenügende Arbeitgeber-Angebot werden in den Betrieben noch im Jänner 2012 Betriebsversammlungen stattfinden.+++

Der Kollektivvertrag der Berufsvereinigung der Arbeitgeber für Gesundheits- und Sozialberufe - der sogenannte BAGS-Kollektivvertrag - wird auf ArbeitnehmerInnenseite von der GPA-djp und der Gewerkschaft vida gemeinsam verhandelt. GPA-djp und vida fordern aufgrund der wertvollen Arbeit im Gesundheits- und Sozialbereich für die Beschäftigten nachhaltige, reale Einkommenszuwächse. Neben den gehaltsrechtlichen Forderungen enthält das Forderungspapier der Gewerkschaften auch Verbesserungen bei der Anrechnung von Vordienstzeiten und des Kilometergeldes sowie die Anrechnung von Karenzzeiten, um dem Unterschied bei der Lohn- und Gehaltsentwicklung von Frauen und Männern entgegenzuwirken.

"Die Betreuung und die Pflege von Menschen wird immer wichtiger für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft und hält sie auch zusammen. Die ArbeitnehmerInnen verdienen daher eine spürbare Lohn- und Gehaltserhöhung", betont Reinhard Bödenauer, stellvertretender Geschäftsbereichsleiter in der GPA-djp.

Michaela Guglberger, vida-Bundesfachgruppensekretärin für den Bereich der sozialen Dienste, ist über das Arbeitgeberangebot empört: "Dieses Angebot ist für die ArbeitnehmerInnen ein klares Signal, dass ihre wichtige und qualitative Arbeit im Interesse der Allgemeinheit in keiner Art und Weise gewürdigt wird. Wir fordern die Arbeitgeber dringend auf, vernünftige Angebote vorzulegen."

Rückfragehinweis:

~

vida-Öffentlichkeitsarbeit
Mag. Martina Fassler
Tel: 0664/614 57 32 oder 01/53444 79-260
martina.fassler@vida.at
www.vida.at

GPA-djp Öffentlichkeitsarbeit
Mag. Elisabeth Schnallinger
Tel.: 05 0301-21386
Mobil: 05 0301-61386
E-Mail: elisabeth.schnallinger@gpa-djp.at
<http://www.gpa-djp.at>

Kollektivverträge/Gewerkschaften/Soziales/Kirchen/Caritas**Caritas-KV: Zäh 2 - Caritas weist Gewerkschafts-Kritik zurück**

Utl.: Reischl kann Aufregung nicht verstehen - Angebot liegt über prognostizierter Inflationsrate
Wien/APA =

Die Caritas hat die Kritik der Gewerkschaft GPA-dpa an den laufenden Kollektivvertrags-Verhandlungen zurückgewiesen. Er könne die Aufregung nicht nachvollziehen, betonte der Vorsitzende des Caritas-Kollektivvertragsvereins, Gerhard Reischl, am Donnerstag via "Kathpress". Dass das im Raum stehende Angebot der Caritas nicht einmal den Wertverlust der Gehälter durch die Inflation ausgleiche, sei "einfach nicht wahr".

Das Angebot liege im Bereich des Abschlusses der Bundesbediensteten und damit über der vom Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) prognostizierten Inflationsrate, so Reischl. Er plädierte dafür, während der laufenden Kollektivvertrags-Verhandlungen auf eine "Verunsicherung der Caritas-Mitarbeiter" zu verzichten: "Ich bin überzeugt, dass wir bei einem guten Willen aller Beteiligten bald zu einem für alle Seiten tragbaren Abschluss kommen."
(Schluss) cts/spu

APA0523 2012-01-12/16:38

Kollektivverträge/Gewerkschaften/Soziales/Kirchen/Caritas**Caritas-KV: Zäh Verhandlungen - Gewerkschaft plant Mahnwache**

Utl.: GPA-djp: Arbeitgeber verweigern realen Gehaltszuwachs =

Wien (APA) - Die Kollektivverhandlungen für die rund 12.000 Angestellten der Caritas gestalten sich zäh: Nach zwei Runden sei nach wie vor kein Abschluss in Sicht, teilte die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) am Donnerstag via Aussendung mit. Die Arbeitgeberseite habe den Angestellten bisher einen realen Gehaltszuwachs verweigert. Während der dritten Verhandlungsrunde am Freitag will die Gewerkschaft eine Mahnwache abhalten.

Die bis jetzt von der Caritas gelegten Angebote wären nicht einmal in der Lage, den Wertverlust der Gehälter durch die Inflation auszugleichen, teilte die Gewerkschaft mit. "Vor allem die Angestellten der Gesundheits- und Sozialbereiche, die sich um behinderte, alte, kranke Menschen oder um Flüchtlinge kümmern und damit sehr hohen Ansprüchen in Pflege und Betreuung gerecht werden, verdienen auch 2012 einen fairen Gehaltsabschluss, der ihre Einkommen nachhaltig sichert."

Um auf die Arbeitnehmer-Forderungen aufmerksam zu machen, ist am Freitag ab 8.00 Uhr eine Betriebsräte-Konferenz vor der Caritas der Erzdiözese Wien geplant. Die GPA-djp unterstützt die Beschäftigten mit einer öffentlichen Mahnwache.
(Schluss) cts/bei

APA0413 2012-01-12/14:32

Caritas/Kollektivverträge/Gewerkschaften/Wien/Soziales/Kirchen

GPA-djp und vida unterstützen Caritas-Angestellte mit einer Mahnwache

Utl.: Beschäftigte in Pflege und Betreuung verdienen fairen
Gehaltsabschluss =

Wien (OTS/ÖGB) - Nach zwei Verhandlungsrunden für den neuen Kollektivvertrag ist auch bei der Caritas kein Gehaltsabschluss in Sicht. Die Arbeitgeber verweigern ihren rund 12.000 Angestellten bislang einen realen Gehaltszuwachs, die bis jetzt gelegten Angebote wären nicht einmal in der Lage, den Wertverlust der Gehälter durch die Inflation auszugleichen. Vor allem die Angestellten der Gesundheits- und Sozialbereiche, die sich um behinderte, alte, kranke Menschen oder um Flüchtlinge kümmern und damit sehr hohen Ansprüchen in Pflege und Betreuung gerecht werden, verdienen auch 2012 einen fairen Gehaltsabschluss, der ihre Einkommen nachhaltig sichert.=

Um auf diese Forderung aufmerksam zu machen, findet morgen Freitag, während sich die VerhandlerInnen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zur dritten KV-Verhandlungsrunde treffen, im öffentlichen Raum vor der Caritas der Erzdiözese Wien eine österreichweite BetriebsrätInnen-Konferenz statt. Die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) und die Gewerkschaft vida unterstützen die Beschäftigten mit einer öffentlichen Mahnwache.

Ort: Caritas der Erzdiözese Wien, Albrechtskreithgasse 19 bis 21, 1160 Wien
Zeit: ab 8.00 Uhr bis ca 14.00 Uhr

Die VertreterInnen der Medien sind recht herzlich eingeladen!

Rückfragehinweis:

~

Litsa Kalaitzis
GPA-djp
Tel.: 05 0301-21553
Mobil.: +43 676 817 111 553
Email: litsa.kalaitzis@gpa-djp.at
www.gpa-djp.at

vida-Öffentlichkeitsarbeit
Martina Fassler
Tel: 01/5344479-260 oder 0664/614 57 32
martina.fassler@vida.at
www.vida.at

Gewerkschaften/Soziales/Kollektivvertrag/BAGS/Vida/GPA-djp

Gesundheits- und Sozialberufe: KV-Verhandlungen nach 1. Runde vertagt

Utl.: vida und GPA-djp: "Konstruktive Gespräche, aber noch weit auseinander" =

Wien (OTS/(vida/GPA-djp/ÖGB)) - Nach der Forderungsübergabe am 21. November fand heute die erste Verhandlungsrunde zwischen den Gewerkschaften vida und GPA-djp und der Arbeitgeberseite für den Kollektivvertrag im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich statt (BAGS-KV). "Die Verhandlungsrunde verlief durchaus konstruktiv, aber die Arbeitgeberseite liegt mit ihrem Angebot noch weit unter unseren Forderungen", stellen die Verhandlungsführer der Gewerkschaften, Michaela Guglberger (vida) und Reinhard Bödenauer (GPA-djp) fest.++++

Die für die Verhandlungen als Grundlage genommene Teuerungsrate von November 2010 bis Oktober 2011 lag bei 3,04 Prozent. "Das heute von den Arbeitgebern unterbreitete Angebot würde bedeuten, dass den Beschäftigten nicht einmal die Teuerung abgegolten wird. Da braucht es von der Arbeitgeberseite noch Bewegung", erklären vida-Bundesfachgruppensekretärin Michaela Guglberger und der stellvertretende GPA-djp Bereichsleiter Reinhard Bödenauer. Thema der ersten Verhandlungsrunde waren auch rahmenrechtliche Punkte wie zum Beispiel die verbesserte Anrechnung von Karenzzeiten.

Der BAGS-Kollektivvertrag (BAGS = Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe) gilt für rund 90.000 Beschäftigte im privaten Gesundheits- und Sozialbereich. Dieser Leitkollektivvertrag für den Gesundheits- und Sozialbereich regelt die Entlohnung und die Arbeitsbedingungen für eine große Vielzahl von Berufsgruppen: Für die Beschäftigten in der mobilen Pflege und Betreuung, für ArbeitnehmerInnen in Pflughäusern, aber auch für Tagesmütter, für Beschäftigte in der Behindertenbetreuung und für ArbeitnehmerInnen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (Transitarbeitskräfte).

Die nächste Verhandlungsrunde findet am 12. Jänner 2012 statt.

Rückfragehinweis:

vida-Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Mag. Martina Fassler, Tel: 0664/614 57 32, E-Mail: martina.fassler@vida.at, www.vida.at

GPA-djp, Mag. Martin Panholzer, Tel: 0676/817111 511, E-Mail: martin.panholzer@gpa-djp.at, www.gpa-djp.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/143/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0312 2011-12-07/20:11

072011 Dez 11